

Dr. Inge Gräßle (CDU/EVP): Fortschrittsbericht Rumänien/ Bulgarien "Das Ende der Verharmlosung der Probleme"

Als "Ende der Verharmlosung der Probleme in den beiden EU- Neumitgliedsstaaten" begrüßt die EVP-Sprecherin im Haushaltskontrollausschuss, Dr. Inge Gräßle, den von der EU Kommission heute vorgelegten Fortschrittsbericht für Rumänien und Bulgarien. "Es ist an der Zeit, dass die Kommission deutliche Worte findet. Wenn man sich vor Augen hält, dass der letzte Fortschrittsbericht von Februar 2008 ohne Beteiligung und Information des Amts für Betrugsbekämpfung OLAF entstanden ist, kann man sich über die Offenheit und Ehrlichkeit dieses Berichts nur freuen", so Gräßle. Beide Mitgliedsstaaten müssen ihre nationalen Strafgesetze verschärfen und Korruption nicht weiter nur mit Bewährungsstrafen ahnden. Sie müssen schmierende Unternehmen und Unternehmer auf schwarze Listen setzen und in einem computergesteuerten Frühwarnsystem bei öffentlichen Aufträgen sperren. Die staatliche Verwaltung, die Justiz und Polizei müssen besser bezahlt und für Ausschreibungen und Finanzkontrolle besser ausgebildet werden. Politiker aller staatlichen Ebenen und hohe Beamte müssen ihr Vermögen offen legen. Die Privatisierung staatlicher Unternehmen in den neunziger Jahren muss aufgearbeitet werden. "Ohne diese Maßnahmen stehen wir in zwei Jahren immer noch dort wo wir heute sind", so Gräßle. "Ich Sorge mich, dass die organisierte Kriminalität der beiden Länder in die gesamte europäische Union ausstrahlt, wenn es uns nicht gelingt sie dort einzudämmen." Als belastend und destruktiv erweist sich die innenpolitische Situation der beiden Länder. "Die demokratischen Parteien sollten gemeinsam gegen Betrug und Korruption kämpfen, statt sich gegenseitig dieser Delikte zu beschuldigen" verlangt Gräßle. Die Veröffentlichung vertraulicher Briefe des Amts für Betrugsbekämpfung oder auch die vorab Veröffentlichung des Fortschrittsbericht über Bulgarien in der dortigen Presse, zögen Olaf und die EU Kommission in innenpolitische Streitereien, die deren Rolle völlig unangemessen sei und die Arbeit unnötig erschwere. Der Haushaltskontrollausschuss werde dies bei seinem Besuch in Bulgarien im September deutlich ansprechen.